



Europäische Kommission - Rede [Es gilt das gesprochene Wort]



Sonderansprache von Präsidentin von der Leyen zur "Lage der Welt" auf dem Weltwirtschaftsforum

Brüssel, 20. Januar 2022

Danke Klaus,

Meine Damen und Herren,

Seit Beginn der Pandemie taucht eine Frage immer wieder auf: Sind unsere Demokratien stark und schnell genug, um die enorme Herausforderung durch COVID-19 zu bestehen? Können Demokratien liefern? Ich habe keinen Zweifel daran. Die Pandemie hat nicht nur die Handlungsfähigkeit unserer Demokratien unter Beweis gestellt. Sie hat auch gezeigt, dass Demokratien als Regierungsform mächtiger, resilienter und nachhaltiger sind. Wir haben COVID-19 noch nicht besiegt. Aber dank der neuen mRNA-Impfstoffe, die von europäischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entwickelt wurden, sind wir auf dem richtigen Weg, um die Pandemie letztendlich zu überwinden. Diese wissenschaftlichen Durchbrüche haben wir unseren Werten zu verdanken. Werten wie der Freiheit der Forschung, der Freiheit der Wissenschaft, und unabhängigen Entscheidungen seitens der Investoren. All das bedeutet, dass wir heute wesentlich besser in der Lage sind, dieses Virus zu besiegen, als vor zwei Jahren. Europa hat insgesamt über 1,2 Milliarden Impfstoff-Dosen geliefert. Mehr als 80 % der Erwachsenen in Europa sind zweifach geimpft. Aber was noch wichtiger ist: Als einzige Region der Welt, haben wir nie aufgehört, Impfstoffe zu exportieren und an andere Länder zu spenden. Von Anfang an und durch die gesamte Pandemie hindurch. Insgesamt 1,6 Milliarden Impfdosen "made in Europe" gingen in 150 Länder. Und dank einer industriellen Impfstoffproduktion in Europa von mehr als 300 Millionen Dosen pro Monat, besteht Aussicht auf mehr. Dies zeigt, dass wir auf die Handlungsfähigkeit der Demokratie vertrauen können.

Und dieses Wort „Vertrauen“ zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Geschichte des Weltwirtschaftsforums. In Davos geht es seit jeher um Vertrauensbildung unter den Wirtschafts- und Politiklenkenden, und - mehr noch als alles andere - darum, durch verantwortungsvolle Führungsstärke, das Vertrauen künftiger Generationen zu gewinnen. Doch in diesem Jahr, mehr als je zuvor, ist Vertrauen die wertvollste Währung, wenn wir über „die Lage der Welt“ sprechen. Vertrauen in die Wissenschaft und in Impfstoffe kann den Unterschied machen zwischen Leben und Tod. Vertrauen unter Ländern kann in internationalen Beziehungen den Ausschlag geben für Zusammenarbeit und gegen Konflikte. Vertrauen in funktionierende Gesellschaften, die auf Rechtsstaatlichkeit fußen, lässt mehr langfristige private Investitionen fließen, und verschafft diesen Gesellschaften so einen Wettbewerbsvorsprung. Und dieses Vertrauen ist auch unverzichtbar für alle anderen zentralen Ziele Europas. Vertrauen ist unverzichtbar, damit die Bürgerinnen und Bürger den grünen und digitalen Wandel mitgehen oder um junge Talente zu gewinnen. Der Punkt ist, dass die wirtschaftliche Erholung – sei es in Europa oder weltweit – nur auf Basis von Vertrauen und Zuversicht gelingen kann. Und darüber möchte ich heute sprechen.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Dekade, vertrauten die Mitgliedstaaten der europäischen Ebene nicht die Aufgabe an, eine europäische Lösung zu finden. Die Folge waren zwischenstaatliche Lösungen, die tiefe Spaltungen zwischen den Mitgliedstaaten verursachten. Doch diesmal, in der pandemiebedingten Wirtschaftskrise, schenkten die 27 Mitgliedstaaten der europäischen Ebene Vertrauen. Sie unterstützten die Europäische Kommission darin, Kapital am Markt aufzunehmen und es zu investieren. Vor allem in unsere beiden Prioritäten: den European Green Deal und die Digitalisierung. Das ist NextGenerationEU, unser Aufbauprogramm im Umfang von 800 Milliarden Euro. NextGenerationEU beinhaltet das bei weitem größte Green-Bond-Programm, das es jemals gegeben hat. Wir werden fast 40 % von NextGenerationEU in grüne Projekte investieren. Das sind bis zu 300 Milliarden Euro. Bisher waren alle Anleihen, die wir zur Finanzierung dieser Investitionen aufgelegt haben, weit überzeichnet. Und mehr als ein Drittel unserer Bonds wurde von Investoren aufgekauft, die außerhalb der Europäischen Union sitzen. Das ist ein klares Zeichen, wie sehr der Rest der Welt in und auf Europa vertraut.

Doch wir müssen noch besser werden. Öffentliche Investitionen werden keine Wunder wirken,

es sei denn, sie gehen mit starken privaten Investitionen einher. Europa allein wird zusätzliche 360 Milliarden Euro investieren müssen, um sein Energiesystem umzubauen – jedes Jahr. Diese Zahl ist schwindelerregend, aber wir können sie erreichen. Aber der private Sektor muss mit ins Boot kommen. Und die öffentliche Hand muss die Bedingungen schaffen, damit dies geschieht. Und genau das haben wir getan, Schritt für Schritt. Wir haben jetzt das allererste Europäische Klimagesetz, das dafür sorgt, dass unsere Klimaziele nicht nur ein Anspruch sind, sondern eine rechtliche Verpflichtung. Wir haben nun einen detaillierten Rechtsrahmen vorgelegt, der sicherstellt, dass wir unsere Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % senken können. Dies ist unsere Roadmap für das nächste Jahrzehnt. Dies gibt Investoren die Sicherheit und Gewissheit, dass sie sich – wenn sie ihr Geld in saubere und klimafreundliche Projekte stecken –, darauf verlassen können, dass die Politik den Kurs hält.

Oder nehmen sie den kritischen Halbleitersektor. Die Nachfrage nach Halbleitern explodiert. Heute haben wir Mikrochips nicht nur in unseren PCs und Smartphones, sondern auch in unserem Auto, zuhause in unserer Heizung, in unseren Krankenhäusern, in lebensrettenden Beatmungsgeräten. Digital geht nur mit Mikrochips. Und der europäische Bedarf an Mikrochips wird sich in den nächsten zehn Jahren verdoppeln. Deshalb brauchen wir einen radikal größeren Einsatz Europas bei der Entwicklung, Produktion und Nutzung dieser Schlüsseltechnologie.

Europa ist in einigen spezifischen Bereichen stark, z. B. beim Design von Komponenten für Leistungselektronik, oder bei Chips für die Automobilindustrie und im verarbeitenden Gewerbe. Europa ist das weltweite Zentrum für Halbleiterforschung. Und Europa ist auch in Bezug auf die Materialien und Ausrüstungen, die für den Betrieb großer Chip-Produktionsanlagen erforderlich sind, sehr gut aufgestellt. Der weltweite Marktanteil Europas bei Halbleitern beträgt jedoch nur 10 %. Und der Großteil unserer Nachfrage wird von einer Handvoll Produzenten außerhalb Europas gedeckt. Diese Abhängigkeit und Unsicherheit können wir uns einfach nicht leisten. Ich möchte, dass bis 2030 20 % aller Mikrochips in Europa hergestellt werden. Dies bedeutet eine Vervierfachung der heutigen Produktion in Europa. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Deshalb werden wir unser europäisches Mikrochip-Gesetz schon Anfang Februar vorschlagen. Mit diesem Gesetz werden wir in fünf Bereichen Fortschritte erzielen. Erstens werden wir unsere Forschungs- und Innovationskapazitäten in Europa, die bereits Weltrang genießen, weiter stärken. Zweitens werden wir einen Schwerpunkt darauf legen, die Führungsrolle Europas in den Bereichen Design und Fertigung sicherzustellen. Drittens werden wir unsere Beihilfenvorschriften unter strengen Auflagen weiter anpassen. Damit können neuartige europäische Produktionsanlagen öffentliche Fördergelder erhalten. Davon wird ganz Europa profitieren. Viertens werden wir unser Instrumentarium verbessern, um Engpässe und Krisen in diesem Sektor zu antizipieren und zu bewältigen, im Interesse unserer Versorgungssicherheit. Und fünftens werden wir kleinere, innovative Unternehmen dabei unterstützen, dass sie besseren Zugang zu fortgeschrittenen Kompetenzen, Partnern aus der Industrie und Beteiligungskapital erhalten. Ich sage ganz klar: Europa wird sich stets dafür einsetzen, dass die weltweiten Märkte offen und vernetzt bleiben. Das liegt im Interesse der Welt und in unserem eigenen Interesse. Aber wir müssen die Engpässe angehen, die unser eigenes Wachstum verlangsamen. Dies wird uns helfen, nicht nur in einigen Nischen zu einem starken Akteur zu werden, sondern über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg. Schließlich werden wir die Diversifizierung unter gleichgesinnten Partnern fördern. Wir werden mehr Ausgewogenheit schaffen, was gegenseitige Abhängigkeiten anbelangt. Und wir werden Lieferketten aufbauen, auf die wir bauen können, indem wir einzelne Schwachstellen vermeiden.

Es wird nämlich immer Zeiten geben, in denen unsere Volkswirtschaften mit größeren Problemen konfrontiert sein werden. Die heutige weltweite Energieknappheit ist ein Beispiel dafür. In Kürze wird der Beginn der Ölkrise der 1970er Jahre auf den Tag genau 50 Jahre her sein. Einige von uns werden sich lebhaft an die Folgen der Krise für unsere Wirtschaft, aber auch für unser Leben erinnern. In einigen Ländern wurde das Fahren an Sonntagen verboten, oder die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen herabgesetzt. Andere rationierten das Benzin oder empfahlen den Menschen, nur einen einzigen Raum im Haus zu beheizen. Und viele von Ihnen wissen noch, welche Debatten über die Grenzen des Wachstums diese Krise ausgelöst hat. Die Welt ist heute ein anderer Ort, und Parallelen könnten etwas gewagt erscheinen. Sie sollten uns dennoch eine Mahnung sein in der heutigen Gaskrise, in der wir unsere eigenen Debatten über die Grenzen des Wachstums fossiler Brennstoffe führen. Unsere Antwort war damals nicht, alternative Energiequellen zu erforschen, sondern vielmehr neue Produktionsquellen zu erschließen. Die Ölschöpfung nahm immer weiter zu – von Alaska bis Sibirien oder vom Kaspischen Meer bis zum Kaukasus. Die gute Nachricht ist, dass wir heute viel mehr Optionen haben als damals. Damals stammte weltweit weniger als 1 % des Stroms aus erneuerbaren Quellen. Heute ist es fast ein Drittel. Heute wissen wir viel mehr über die Notwendigkeit des Klimaschutzes. Und heute haben wir die Technologien, die wir brauchen, um den Systemübergang von fossilen Brennstoffen zu sauberen Energien zu vollziehen. Kurzfristig aber müssen wir uns mit den sehr realen Auswirkungen dieser Gaskrise auf Haushalte und Unternehmen auseinandersetzen. Meine Kommission hat ein Instrumentarium von Maßnahmen vorgelegt, auf das

die Mitgliedstaaten zurückgreifen, um die Folgen der Preiserhöhungen rasch zu lindern. Aber grundsätzlich gilt: die heutige Gaskrise muss dazu beitragen, den Übergang zu sauberer Energie zu beschleunigen. Sie muss den Impuls geben, den wir brauchen, um unsere Energiemärkte weiter zu integrieren. Und wir müssen dafür sorgen, dass es keine Energieinseln oder Regionen Europas gibt, die von unserem Netz abgeschnitten sind. An allen diesen Punkten arbeiten wir. Vor allem aber müssen wir diesen notwendigen Übergang sorgfältig bewältigen. Und dies führt uns wieder zu dieser zentralen Frage des Vertrauens. Denn die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen bei diesem Übergang unterstützt werden. Die Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass der Übergang ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern wird. Und Investoren müssen darauf vertrauen können, dass wir auch dann Kurs halten, wenn wir auf Widrigkeiten treffen. Es kann niemals einen linearen Übergang von einem auf fossilen Brennstoffen basierenden zu einem sauberen Energiewesen geben. Wir müssen dies von Vorneherein deutlich machen. Aber die Richtung ist klar – und auch unsere Entschlossenheit. In der gegenwärtigen Gaskrise werden wir die am stärksten Betroffenen schützen. Wir werden die Energiewende beschleunigen. Und wir werden dafür sorgen, dass unsere Energieversorgung sicher und zuverlässig ist.

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt: dem Vertrauen in die Weltbühne. Heute ist die Welt auf das Vertrauen in die Demokratie ebenso angewiesen wie auf das Vertrauen unter den Demokratien. Denn – und dies ist tragisch – wir beobachten aufs Neue, dass einige Mächte sich in die Angelegenheiten ihrer Nachbarn einmischen. Wir werden nicht in die alte Mentalität des Wettkampfs und der Einflusssphären zurückfallen, in der ganze Länder als Eigentum oder Anhängsel behandelt wurden. Wir erleben Tage der intensiven Diplomatie in unterschiedlichen Formaten, mit und ohne Russland. Russland hat seine Vorschläge unterbreitet. Wir haben unsere Vorschläge vorgelegt. Und es ist gut, dass wir im Dialog stehen. Allerdings wehren wir uns gegen russische Versuche, Europa in Einflusssphären aufzuteilen. Für uns bleiben die Grundprinzipien, die die europäische Sicherheit gewährleisten, weiterhin gültig – so wie sie in der Schlussakte von Helsinki und in der Charta von Paris verankert sind, die beide von Russland unterzeichnet wurden. Und wir bekräftigen unsere Solidarität mit der Ukraine und unseren europäischen Partnern, die von Russland bedroht werden. Und natürlich stehen wir nach wie vor zu dem Grundsatz, dass die Ukraine – als souveräner Staat – frei ihre Entscheidungen trifft. Um es klipp und klar zu sagen: Wir wollen diesen Dialog. Wir wollen, dass Konflikte in den Gremien beigelegt werden, die zu diesem Zweck geschaffen wurden. Aber wenn die Lage eskaliert, wenn es weitere Angriffe auf die territoriale Integrität der Ukraine gibt, werden wir mit massiven wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen reagieren. Dazu steht die transatlantische Gemeinschaft felsenfest. Die EU ist Russlands mit Abstand größter Handelspartner, und der mit Abstand größte Investor. Und ja, diese Handelsbeziehung ist wichtig für uns, aber für Russland ist sie noch deutlich wichtiger. Wir hoffen, dass es nicht zu einem Militärschlag kommen wird, aber wenn es dazu kommt, sind wir vorbereitet. Und ich möchte, dass wir nie vergessen: Russland und Europa teilen Geografie, Kultur und Geschichte. Wir wollen auch eine gemeinsame Zukunft. Russland oder die Menschen dort bereiten uns keine Probleme. Probleme haben wir vielmehr mit der gefährlichen Politik des Kremls. Das Zurückfallen in alte autokratische Muster bringt eine althergebrachte Wahrheit wieder ans Licht: Wenn das Vertrauen fehlt, sind Gewalt und Zwang kein Ersatz dafür.

Europas Herangehensweise ist völlig anders. Wir glauben, dass Vertrauen nachhaltiger ist als Kontrolle und Zwang. Die Autokraten fürchten die Attraktivität unserer liberalen Demokratien – unseren wirtschaftlichen Erfolg, unsere bürgerlichen Freiheiten, und die Freiheit der Meinungsäußerung und des Denkens. Wir müssen diese kostbarsten Schätze unserer Demokratien aktiv verteidigen.

Ich bedanke mich noch einmal, dass ich heute hier sprechen kann. Ich beantworte nun gerne Ihre Fragen.

SPEECH/22/443

Related media



[World Economic Forum 2022](#)



['State of the World' special address of the World Economic Forum's \(WEF\) by Ursula von der Leyen, President of the European Commission, via videoconference](#)